

Viele Schiffsfonds auf steuern auf Havariekurs

Die einst so beliebte Geldanlage wird für zahlreiche Anleger in Deutschland zum Albtraum

VON BERRIT GRÄBER

Viele Tausend Anleger steuern auf neue horrende Verluste zu: Im Sog der weltweiten Krise droht einem Großteil der gut 1000 geschlossenen Schiffsfonds die Havarie. Wer zu den mehr als 250.000 Deutschen zählt, die insgesamt gut 45 Milliarden Euro in Containerschiffe, Tanker oder Frachter investiert haben, muss das Kentern seines Investments befürchten, schlimmstenfalls den Totalverlust. Das Ausmaß der finanziellen Schäden sei noch „sehr viel größer als bei der Lehman-Pleite“, sagt der Hamburger Rechtsanwalt Peter Hahn, der sich auf die Vertretung von geschädigten Kapitalanlegern spezialisiert hat.

Früher galten die spekulativen Schiffsfonds als Steuersparmodell für Besserverdienende. In den Boomjahren verkauften Banken und Vermittler die hochriskanten Beteiligungen an Frachtschiffen aber auch an unerfahrene Kleinanleger. Renditen von bis zu 12 Prozent und mehr klangen verlockend. Viele wussten nicht, welche Risiken sie eingingen. Denn „Mitreeder“ sind nicht nur am Gewinn „ihrer Schiffchen“, sondern auch an Verlusten beteiligt. Aus den sogenannten geschlossenen Fonds, die bis zu 15 Jahre oder sogar noch länger laufen, kommt man aber kaum raus.



Containerschiff im Hamburger Hafen: Der Schiffsverkehr ist infolge der Krise stark geschrumpft, so dass die Kalkulationen der meisten Schiffsfonds nicht mehr aufgehen.

Nach den ersten Pleiten im Jahr 2009 stünden 2010 viele weitere Schiffsfonds kurz vor dem Exitus, erklärt Marco Cabras, Sprecher der Deutschen Schutzgemeinschaft für Wertpapierbesitz (DSW). Viele Investoren hätten noch nichts vom bevorstehenden Desaster bemerkt – au-

ßer, dass Ausschüttungen nicht wie geplant auf dem Konto landen. „Das Problem kommt schleicher, daher, nicht mit einem großen Knall wie bei der Lehman-Insolvenz“, erklärt Anwalt ahn.

Grund für die Schiefelage zahlreicher Schiffsbeteiligungen ist

die weltweite Schifffahrtskrise: Infolge der Wirtschaftskrisen gingen die Fracht- und Charterraten in den vergangenen Monaten dramatisch in die Knie. Der Containerverkehr auf den Weltmeeren brach ein. Bei vielen Fonds reichen die Einnahmen deshalb nicht mehr aus, um die

Kosten zu decken. Für die Anleger bedeutet dies: Versprochene Ausschüttungen bleiben aus. Oder noch schlimmer: Gesellschaften in akuter Not fordern Investoren auf, Auszahlungen zurückzuzahlen oder noch mehr Geld nachzuschießen.

Das Problem: Weigern sich die Anleger, ihrem Fonds Geld zurückzugeben oder noch mehr hineinzupumpen, könne sich die Lage letztendlich zuspitzen, meint Roland Aulitzky, Experte von „Finanztest“. Was also tun? Einen allgemeingültigen Ratsschlag gibt es nicht. Jede Beteiligung kann anders gestaltet sein, jeder Vertrag unterschiedlich. Cabras empfiehlt, einen Fachanwalt zur Prüfung einzuschalten, um den Schaden möglichst zu begrenzen. „Manchmal kann es ratsam sein, nicht noch gutes Geld dem schlechten hinterherzuwerfen.“

Noch am ehesten Aussicht auf Erfolg hat, wer eine Falschberatung nachweisen kann. Chancen gibt es auch, wenn der Anleger nicht umfassend über die Provisionen aufgeklärt wurde, die sogenannten Kick-Backs, die die Verkäufer einstrichen. Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass Investoren über „Kick-Backs“ im Bilde sein müssen. Erste Einschätzungen zum Einzelfall können auch Verbraucherzentralen leisten.

ap